

Basel beschließt: Youngplan bleibt!

Das Gutachten des Baseler Ausschusses eine neue Niederlage der deutschen Bourgeoisie

Gestern Abend beschloß der Baseler Sonderausschuß seine Sitzung mit der Annahme eines Gutachtens. In diesem Gutachten wird der Umfang der Wirtschaftskatastrophe in Deutschland als außerordentlich groß bezeichnet. Es wird festgestellt, daß die deutschen Verpflichtungen durch den Goldkurs um 40 Prozent gestiegen sind. Gleichzeitig aber wird als einziger Ausweg lediglich eine Konferenz der Regierungen gefordert, die erneut zu der Frage der Zahlungsform Stellung nehmen soll.

Das Gutachten des Baseler Ausschusses ist ein Kampfschriftstück zwischen den Gläubigern, das den werttätigen Massen Deutschlands neue Vorkämpfer besetzen wird. Der Ausschuß selbst hat keinerlei konkrete Vorschläge für eine neue provisorische Regelung der Reparationen gemacht. Alle Entscheidungen werden der zukünftigen Konferenz der Regierungen überlassen. Dadurch wird ein neues Moment der Unsicherheit in das deutsche Chaos hineintragen, das seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Das Baseler Gutachten ist ein vollständiger Sieg der französischen Außenpolitik. Es beruht auf der Grundthese: Der Youngplan sei unantastbar. Daher wurde auch der ungehörigste Teil der Reparationen, wie es in dem Gutachten heißt, nicht berührt. Die Baseler Verhandlungen enden mit einer neuen

Niederlage der deutschen Bourgeoisie. Der französische Imperatorismus, der unversöhnlich an dem Tributsystem des Youngplanes und des Versailleser Vertrages festhält, hat wieder einen Sieg davongetragen.

Unbeschadet der Interessengegenläge im Lager der Gläubiger steht eine geschlossene Front der Tributgläubiger gegenüber Deutschlands. In dieser Front markiert auch die deutsche Bourgeoisie, in den eigenen Widersprüchen gefangen, ohnmächtig gegenüber den Siegern von Versailles, ökonomisch und finanziell verflucht mit dem ausländischen Finanzkapital. Die härtesten Stützen dieser Youngfront gegen die werttätigen Massen Deutschlands sind die „eiserne Front“ der Sozialdemokratie und die „braune Front“ der Hitler und Goebbels.

Die einzige Kraft, die das deutsche arbeitende Volk aus den Fesseln der Youngsklaverei zu befreien und die nationale Anechtung zu brechen vermag, ist die deutsche Arbeiterklasse selbst, wenn sie ihr Schicksal in die eigenen Hände nimmt. Die Kommunistische Partei hat in ihrem Programm zur nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes den Weg gewiesen, den die werttätigen Massen Deutschlands beschreiten müssen, um dieses gewaltige Ziel zu erreichen.

20000 Bergarbeiter vor der Entlassung!

Ruhrindustrielle und Gewerkschaftsführer fordern Zölle zur Erhöhung der Kohlenpreise und Staatszuschüsse

Am Dienstag tagte das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat. In der Hauptsache beschäftigte man sich mit der Lage im Ruhrbergbau. Es wurde festgestellt, daß der Absatz im Dezember gegenüber dem November pro Tag von 188 000 auf 169 000 Tonnen gesunken ist.

Diese Tatsache veranlaßte das Rheinisch-Westfälische Kohlen-Syndikat die Forderung auf Einführung von Zöllen zu erheben, um die Einfuhr englischer Kohle zu unterbinden. Kohlenzölle bedeuten Preissteigerungen, die sich nach Ansicht der Ruhrindustriellen schon aus der Erhöhung der Umsatzerlöse notwendig macht. Die Erhöhung der Inlandspreise soll zur Verschärfung des Konkurrenzkampfes gegen englische Kohle auf dem Weltmarkt ausgenutzt werden. Ferner verlangen die Ruhrindustriellen neue Staatszuschüsse zur Deckung der Ausfallsummen die sich aus der Erniedrigung der Weltmarktpreise durch die Entwertung des englischen Pfund ergeben.

Schuldscheine treiben lediglich den kapitalistischen Wahnsinn auf die Spitze, erhöhen die Preise, vergrößern die Not aller Werttätigen und verschaffen lediglich den Zehnerbesthern erhöhte Profite auf Kosten des gesamten werttätigen Volkes.

Diese kapitalistische Wahnsinnspolitik, die von den Gewerkschaftsführern genau so gebilligt und mitgemacht wird wie die faschistische Politik der Brüning-Regierung von der Sozialdemokratie toleriert und mit durchgeführt wird, muß auf den schärfsten Widerstand der Arbeiterschaft stoßen. Alle Arbeiter, ganz gleich welcher Richtung, Organisierte und Unorganisierte müssen durch die Bildung der roten Einheitsfront ihre Kampfberbereitschaft gegen alle Raubpläne der Unternehmer sofort herstellen.

Gleichzeitig wurde für die nächste Zeit die Entlassung von 20 000 Bergarbeitern angekündigt, der dann weitere Einschränkungen folgen sollen.

Zu derselben Zeit, wo diese neuen Ausplünderungsmahnen der Ruhrindustriellen bekannt werden, fordert die sozialdemokratische Bürokratie des Bergbauindustriellenverbandes in der neuesten Nummer ihres Verbandsorgans ebenfalls die Einführung von Kohlenzöllen.

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer behaupten, daß dadurch die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter verringert werden könnte.

In Wirklichkeit wird durch Einführung der Kohlenzölle die Zahl der arbeitslosen Bergarbeiter nur noch rascher anwachsen, wie das ja auch bereits die Ankündigung der Entlassung von 20 000 Bergarbeitern beweist. Die Kohlenzölle würden eine sofortige scharfe Preissteigerung zur Folge haben, was ja auch der ganze Zweck der Zollforderung sein soll.

Aber nicht nur das. Die Kapitalisten der anderen Kohlenländer werden die Aufrichtung des Schutzzölles damit beamtworten, daß sie die Kampfmaßnahmen gegen die deutsche Einfuhr von Industriematerialien verschärfen. Auch dadurch würde die allgemeine Arbeitslosigkeit vergrößert.

Der Vorschlag der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bringt den arbeitslosen Bergarbeitern nicht die geringste Hilfe.

Rein Abbau der Riefengehälter

Geheimtatsachen des Erzbergbauverbandes

Durch die neue Notverordnung werden die Löhne und Gehälter der Arbeiter, Angestellten und Beamten nach der Berechnung des Preislenkungs-Kommissars Goerdeler um rund vier Milliarden Mark gesenkt. Aber nicht gesenkt werden die Gehälter der Generaldirektoren, die viele Hunderttausend Mark im Jahre erhalten.

Diese ungeheuerliche Enthüllung macht die „Rote Fahne“, das Zentralorgan der RPD, durch Veröffentlichung eines geheimen Rundschreibens des Erzbergbauverbandes in Essen, das an die „Herren Bergwerksdirektoren“ gerichtet ist und in dem ausdrücklich festgestellt wird, daß die Notverordnung auf ihre „überstaatlichen Gehälter“ keine Anwendung findet. Es besteht nach Ansicht der Regierung keine „zwingende Notwendigkeit“ für den Abbau von folgenden Gehältern:

Generaldirektor des Ruhr-Montanstreits	400 000 Mark
Generaldirektor der Rhein-Westf. Industrie	350 000 Mark
Direktor der Rheinisch-Westfälischen Industrie	240 000 Mark
Direktor der Krupp-WG	120 000 Mark
Direktor des Stahlwerksverbandes	180 000 Mark

Für diese Schwerverdiener gibt es keinen Gehaltsabbau aber — in der Kalkindustrie werden die Arbeiterlöhne um 15 Prozent, im hessischen Steintohlenbergbau um 10 Prozent, für die Angestellten um 15 Prozent, in der sächsischen Metallindustrie gibt es 6,5 Prozent erneuten Lohnabbau! Das sind Zahlen, die auch ohne Kommentar für sich sprechen.

6,5 Prozent Lohnabbau für Sachsens Metaller

Rud. Virchow ab 6. Dezember 1931 / Ein verbindlich erklärter Schiedspruch, der noch über die Notverordnung hinaus geht

Wie wir erfahren, soll der für die sächsische Metallindustrie vor kurzem gefällte Schiedspruch, welcher 6,5 Prozent Lohnabbau bringt, vom Reichsarbeitsministerium für verbindlich erklärt worden sein. Den Metallarbeitern soll noch vor Weihnachten der Lohnabbau in Abzug gebracht werden, da die Verbindlichkeitsklärung rückwirkend bis zum 6. Dezember gilt.

Für diesen Schiedspruch ist die Gewerkschaftsbürokratie voll verantwortlich, denn sie war es, die den Hungerstreik anrief, als die Verhandlungen scheiterten. Die Metallarbeiter in den Betrieben müssen mit der Gewerkschaftsbürokratie abrechnen, indem sie die oppositionelle Arbeit innerhalb des DMB stärken fördern.

In Berlin, 2500 Postler entlassen werden. In Berlin allein im Januar, Februar und März je 1000 Telegraphenarbeiter. Insgesamt sollen womöglich spätestens bis März bei den 45 Oberpostdirektionen im Deutschen Reich zusammen 10 000 Telegraphenarbeiter entlassen werden. Dies ist der dritte Teil der bei der Reichspost beschäftigten Arbeiter, deren Gesamtzahl 33 000 beträgt.

Landarbeiter verhindern Lohnabbau!

In Aredonlingen (Ostpreußen) wollte der Gutbesitzer einen Lohnabbau durchführen. Die Pächter wählte einen Kampfausschuß und legte die Arbeit nieder. Nach zwölftägigem Streik zog der Gutbesitzer die Forderung auf Lohnabbau zurück.

Auf dem Wlitzfelde (Ostpreußen) wurden den Landarbeitern 10 Prozent vom Lohn abgezogen. Es wurde ein Kampfausschuß gewählt, der die Forderung auf Wiederherstellung des ehemaligen Lohnes stellte. Die Gutsektion mußte die Forderung bewilligen, keinen Lohn mehr abzuziehen und den schon eingehaltenen Lohn auszugleichen.

In Auten verweigerten die Gutbesitzer ebenfalls den Lohn zu kürzen. Da aber ein Kampfausschuß gewählt wurde, wagten die Gutbesitzer nicht, den Lohnabbau durchzuführen.

10000 Telegraphenarbeiter auf die Straße!

Berlin, 23. Dezember. (Eig. Bericht.) Die Reichspost beabsichtigt, im Verlaufe mit dem neuen Jahre Woche für Woche neue große Entlassungen durchzuführen. Schon im Januar sollen in 12 Oberpostdirektionen, darunter auch

Kemmel-Buch vergriffen

Seit gestern wieder zu beziehen

Die erste Auflage des Kemmel-Buches in zwei Tagen ausverkauft.

Die erste Auflage des Kemmel-Buches „Die Sowjetunion“, die am Donnerstag, dem 16. Dezember, in den Buchhandel kam, war am Sonnabend, dem 19. Dezember, bereits vollkommen vergriffen. Am Sonntag und Montag fanden sich in den Buchhandlungen Tausende von Reservanten ein, die das Buch forderten, aber nicht erhalten konnten.

Der Massenkau dieses Buches ist eine Rekordleistung, wie sie noch nie zu verzeichnen war. Die Käufer standen überall in unseren Buchhandlungen um das Buch an.

Und so wie es in Berlin war, so war es im ganzen Reich. Aus allen Bezirken erhielt der Reichskittelvertrieb die dringende Anforderung um weitere Belieferung da die ersten Sendungen in zwei Tagen verkauft waren.

Der Massenkauf des Kemmel-Buches in zwei Tagen beweist das große Bedürfnis, das nach diesem Buch besteht. Der Verlag hat sich entschieden, sofort einen Nachdruck durchzuführen. Seit gestern Abend (23. Dezember) ist das Buch wieder in allen Buchhandlungen zu haben. Trotzdem dieses Mal die Auflage vorläufig vergrößert wurde, ist es ratsam, daß die Interessenten es sich beschaffen, da bei dem Massenkauf das Buch wieder in wenigen Tagen ausverkauft sein dürfte.

Riesentorruption in Dresden

Enthüllungen der Arbeiterstimme amlich beklagt

Die Dresdner Neuesten Nachrichten bringen heute folgende Meldung:

„Der Riefenungsandal beim Besetzungamt der Straßenbahn, über den wiederholt berichtet wurde, scheint auch auf andere Behörden überzugreifen. Die umfangreiche Untersuchung, die in den Händen des Staatsanwalts Dr. Meier liegt, hat den Verdacht ergeben, daß auch bei anderen Dresdner Behörden ähnliche Durchleuchtungen wie bei der Straßenbahn verübt werden sind. In Zusammenhang damit dürfte stehen, daß beim Dresdner Polizeipräsidenten Ickhlin drei Beamte vom Dienste suspendiert worden sind, darunter ein Regierungsamtmann und ein Oberinspektor.“

Damit werden unsere Enthüllungen, die wir unter der Überschrift „Riesentorruption in Dresden“ veröffentlichten, reiflos bestätigt. Wir sind gespannt, ob der Herr Oberbürgermeister, der so schnell mit einer Klageandrohung gegen die Arbeiterstimme bei der Hand war, nun noch den Mut finden wird, zum Kadi zu gehen? Die werttätigen Einwohner Dresdens haben ein Recht darauf, volle Aufklärung zu verlangen. Betaus mit den Schuldigen! Schluß mit dem Vertuschungsakt! (Wir werden noch eingehend darauf zurückkommen.)

Was ist Schied-Demokratie

Landtagsbeschluss auf Verbreitung der Landtagsberichte wird nicht durchgeführt.

Im Zwischenausschuß des sächsischen Landtages gab die Schied-Regierung eine Erklärung ab, daß sie den Landtagsbeschluss auf Verbreitung der Landtagsberichte über die Sitzungen vom 16. und 17. Dezember nicht durchführen werde... aus Sparmaßregeln. Und das in derselben Sitzung, in der man die Staatsgarantie von 6 Millionen Mark für die Autotribute durchsetzte. Wohlgerne... dieser Landtagsbeschluss hat auf Grund eines kommunikativen Antrages zustande... da bedauert es solcher „Demokratie“!

25 Prozent Lohnabbau im Leunawert!

Die Chemiekönige des IG-Farbenkonzerns fordern einen Lohnabbau von 25 Prozent, der am 28. Dezember vom Schlichter beschlossen werden soll. Ein weiterer fünfprozentiger Lohnabbau soll am 1. April 1932 eintreten. Ungefährlich ist bereits der größte Teil der Prämien weggefallen.

Die letzten 50 Prozent der Prämie werden ebenfalls abgezogen, außerdem alle Zulagen für besondere Arbeiten. All diese Abzüge zusammengerechnet, ergeben einen Lohnabbau von über 25 Prozent. Die Empörung unter den Chemiewerkeleuten wächst von Tag zu Tag. Die roten Betriebsräte werden angeleitet der Millionengewinne der IG-Farben die ganze Brutalität der kapitalistischen Ausbeuter rücksichtslos aufzulegen und nach dem 1. Januar Beschlüsse herbeiführen, daß sofort neue Beschlüsse zum Abbau der Leunawerter Löhne, in denen auf die Grundlage der Einheitsfront zu dem neuen Angriff der Chemiewerkeleuten Stellung genommen wird.

Bölkicher Beobachter für Vorjig

Der Bölkicher Beobachter vom 23. Dezember legt sich mit äußerster Wärme für den Scharfmacher Vorjig ein, der mit dem Bankrott seines Tegeler Werkes die Später der Volkspartei um ihre Einlagen, die alten Vorjigarbeiter um ihre Pensionansprüche bringt. Der Bölkicher Beobachter behauptet, daß ganz Vorjig ein Vertreter des „schaffenden“ Kapitals sei, ein abbauender, schaffender und organisierender Geist.

Man weiß, warum sich das Organ der Nazi-Partei so warm für Vorjig einsetzt. Die alten Vorjigarbeiter brauchen nicht um ihre Pensionsansprüche zu fürchten, wenn sie zusammen das Geld hätten, das Vorjig zur Finanzierung der faschistischen Bewegung ausgegeben hat.

Für alle Arbeiter ist das enge Verhältnis von Naziführern und Vorjig äußerst aufklärend.

Große Nazifabriken in Braunschweig

Feldübungen in voller Uniform / Angehörig für 60 000 Mark Waffen durch die Nazis gekauft

Braunschweig, 23. Dezember. (Eig. Meldung.)

Wie hier bekannt wird, haben die Nazis in Areenen — einem großen Eisenbahnknotenpunkt — zwei SW-Kolonnen eingerichtet, in denen 150 Nazis zur militärischen Ausbildung untergebracht worden sind. Die Einweihung der Kolonnen wurde durch einen protestantischen Pfarrer vorgenommen. Der Uniformverbot besteht anscheinend in Areenen nicht, denn die SW-Mannschaften laufen ständig halbfreudenschmüdt herum. In dem SW-Kolonnenlager werden Sturmflüher aus dem ganzen Reich ausgebildet. Ständig finden Feldübungen und Nachübungen statt. Bezeichnenderweise befindet sich das Lager in einer ehemaligen Waffenfabrik. Beim Kauf dieser Fabrik sollen auch für 60 000 Mark Waffen an die Nazis verkauft worden sein.

Wo die SPD die „Macht“ hat

Achtung! Achtung!

Am Donnerstag, 17. Dezember 20 Uhr, Valentinscamp 42 großer Saal gemeinsame Konferenz aller Referenten, Agitprop-leiter, der Betriebs- und Strahenzellen, Arbeiterkorrespondenten.

Es spricht Schubert über die „Politische Lage — Notverordnung — Unsere Aufgaben.“ Die für Mittwoch angekündigte Referentenbesprechung fällt aus. Wir erwarten pünktliches Erscheinen aller Genossen!

SW Wasserfante. (Hamburger Volkszeitung v. Donnerstag.)

Kommunistische Geheimversammlung aufgehoben.

M. Hamburg, 18. Dez. Am Donnerstag Abend ist es der politischen Polizei gelungen eine geheime Kommunistische Versammlung aufzuheben. Die Versammlung sollte im Gebäude der kommunistischen Hamburger Volkszeitung tagen. 250 Personen wurden festgenommen und zum Stadthaus gebracht, wo eine genaue Vernehmung der Personalien erfolgte. Ein Teil der Festgenommenen wurde am Mittwoch in der Mitternacht entlassen. (Meldung vom Freitag.)

Erwerbslosendemonstration in Ungarn!

In Budapest fanden wieder große Erwerbslosendemonstrationen statt. Die Stadt ist von einem Hungerpolizeiapparat besetzt. 180 Arbeitslose wurden verhaftet.